Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1589 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 293. Dienstag, 16. Dezember 1924, abends. 77. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 4 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe" — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Rücktritt der Reichsregierung.

)(Berlin. Der Reichskanzler Marx überbrachte gestern nachmittag 4 Uhr dem Reichspräsidenten die Rücktrittserklärung des Reichskabinetts. Der Präsident nahm die Demission entgegen, beauftragte aber gleichzeitig den Reichskanzler Marx und die bisherige Reichsregierung mit der einstweiligen Weiterführung der Geschäfte.

*

WTB. Berlin, 1924.

Das Reichskabinett hat nunmehr auch formell seinen Rücktritt erklärt, obwohl über die Frage der Neubildung der Reichsregierung noch keinerlei Klarheit geschaffen werden konnte. Größtes Aufsehen hat es erregt, daß der entscheidende Beschluß von einem Ministerrat gefaßt wurde, an welchem die volksparteilichen Minister, insbesondere Außenminister Dr. Stresemann, nicht teilnahmen. In den politischen Kreisen erblickt man in dieser Tatsache eine Demonstration Dr. Stresemanns gegen den Reichskanzler Dr. Marx, der für den sofortigen Rücktritt des Kabinetts verantwortlich ist. Es verlautet übrigens, Dr. Stresemann habe in einer vertraulichen politischen Mission Berlin verlassen, um eine bestimmte politische Persönlichkeit aufzusuchen, die er im Namen seiner politischen Freunde bitten werde, einen Auftrag zur Kabinettsbildung entgegenzunehmen.

Die politische Hochspannung hat augenblicklich ihren Höhepunkt erreicht. In den maßgebenden parlamentarischen Kreisen herrscht große Beunruhigung wegen der außenpolitischen Wirkungen der gegenwärtigen Krise, die sehr ernste Gestalt annehmen müsse, wenn nicht in kürzester Frist eine Entspannung der Situation herbeigeführt wird. Man ist sich vollkommen klar darüber, daß jetzt zunächst der Versuch gemacht werden muß, eine Regierung des Bürgerblocks zu bilden. Sollte dieser Versuch scheitern, so würde Reichskanzler Dr. Marx wahrscheinlich einen neuen Auftrag vom Reichspräsidenten erhalten, um seinerseits eine Lösung herbeizuführen. In einem solchen Falle wäre es aber außerordentlich zweifelhaft, ob Dr. Stresemann sich bereit finden würde, in einem Kabinett Marx wieder den Außenministerposten zu übernehmen. Dies hängt insbesondere von der Haltung der Deutschen Volkspartei ab, die nach den zur Zeit vorliegenden Mitteilungen kaum bereit wäre, ohne die Deutschnationalen an der Reichsregierung teilzunehmen. Die Bildung einer anderen Regierungskoalition würde also zum mindesten die gleichen Schwierigkeiten hervorrufen, wie sie gegenwärtig bei den Bestrebungen zur Bildung einer bürgerlichen Koalition mit Einfluß der Deutschnationalen entstanden sind.

Obwohl Reichspräsident Ebert noch nicht Gelegenheit hatte, mit den Parteiführern Rücksprache zu halten, sind schon jetzt Gerüchte über eine angebliche bevorstehende Berufung Dr. Stresemanns im Gange. Es hat aber eine gewisse Wahrscheinlichkeit für sich, daß der Reichspräsident Dr. Stresemann mit der Kabinettsbildung beauftragen wird, zumal damit noch keineswegs eine Kanzlerschaft Dr. Stresemanns verbunden wäre. Der Minister, der am Mittwoch nach Berlin zurückkehren wird, wäre zweifellos in der Lage, sofort seine Bemühungen aufzunehmen, und er könnte auf Grund seines persönlichen Einflusses eine ihm geeignet erscheinende Persönlichkeit bitten, den Reichskanzlerposten zu übernehmen. Kommt eine bürgerliche Koalition zustande, so würde man sich über die Besetzung der Ministerportefeuilles im wesentlichen sehr schnell einigen können. Die Deutsche Volkspartei beansprucht in der Hauptsache das Außenministerium, das Reichsfinanzministerium und das Reichswirtschaftsministerium. In die anderen Portefeuilles könnten sich dann die anderen Parteien teilen, von denen die Deutschnationalen in erster Linie den Posten des Innenministers und Vizekanzlers zu besetzen hätten. Vor Mittwoch abend wird aber kaum eine Entscheidung fallen können, da im wesentlichen alles von der Haltung der Zentrumspartei abhängen dürfte.

*

Rückkehr Dr. Stresemanns nach Berlin.

Berlin. In den politischen Kreisen verlautet, daß Außenminister **Dr. Stresemann** über die Demissionserklärung des Reichskanzlers Dr. Marx, die am Montag nachmittag erfolgt ist, einigermaßen überrascht worden sei. Der Minister wird sich, wie wir hören, **spätestens Mittwoch früh wieder nach Berlin begeben,** um an den Besprechungen über die Regierungsfrage persönlich mitwirken zu können. Der Reichspräsident hat Dr. Stresemann ersuchen lassen, persönlich an seinen Verhandlungen mit den Parteiführern mitzuwirken, ein Ersuchen, dem der Minister wahrscheinlich ohne weiteres nachkommen dürfte.

*

)(Berlin. Wie die Blätter mitteilen, ist ein **Schritt des Reichspräsidenten zur Lösung der Regierungskrise** gestern abend **noch nicht erfolgt.** Der Reichspräsident will, bevor er einer Persönlichkeit den Auftrag zur Neubildung des Reichsministeriums erteilt, die Auffassungen der Parteien kennen lernen und hat daher die Führer der Parteien für heute zu sich geladen, um ihre Meinungen zu hören. Die Blätter halten es auch für möglich, daß die Entschließung des Reichspräsidenten erst erfolgen wird, wenn die Beschlüsse der Fraktionen, insbesondere die sehr wichtigen Entscheidungen der Zentrumsfraktion, vorliegen werden. Der „Lokalanzeiger" spricht von der Möglichkeit, daß als letzter Ausweg die Bildung eines überparteilichen Kabinetts in Frage kommen könne.

*

Die Präsidentschaftskandidatur.

Berlin. Aus maßgebenden parlamentarischen Kreisen erfährt man, daß die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei schon in allernächster Zeit in gemeinsame Verhandlungen über eine gemeinsame Kandidatur für die im nächsten Frühjahr stattfindende **Neuwahl des Reichspräsidenten** eintreten werden. Sowohl die von deutschnationaler Seite in Aussicht genommene Kandidatur **Dr. Wallraf,** als auch die von volksparteilichen Kreisen angeregte Aufstellung des Reichsinnenministers **Dr. Jarres,** sind nicht als endgültig anzusehen. Es hat vielmehr den Anschein, als ob diese beiden Persönlichkeiten nicht allzu großen Wert darauf legen, für die Präsidentenwahl zu kandidieren und daß man letzten Endes zu ganz neuen Abmachungen über die Präsidentenkandidatur gelangen wird.

*

Aus dem Reichstag.

Berlin. (Funkspruch.) Im Reichstag versammelte sich heute als erste der Reichstagsfraktionen um 10 Uhr vormittags die **Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei** unter dem Vorsitze des Abg. Koch-Weser. Nach der Wiederwahl der bisherigen Vorsitzenden Koch, Erkelenz, Haas, begann die Aussprache über die politische Lage, in der zunächst der Abg. Koch ein Referat erstattete.

Für 12 Uhr mittags ist **Abg. Koch zum Reichspräsidenten** geladen.

Um 11 Uhr begann die **Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei** ihre erste Sitzung.

(Weitere Meldungen an anderer Stelle.)

Der frühere Regierungspräsident Jagow begnadigt.

)(Berlin. Wie verlautet, hat der Reichspräsident im Gnadenwege den früheren Regierungspräsidenten Jagow die noch zu verbüßende Reststrafe erlassen. Jagow war wegen Beteiligung am Kapp-Putsch vom Reichsgericht zu fünf Jahren Festung verurteilt worden und hat von dieser Strafe am 18. Dezember drei Jahre verbüßt.

Berlin. (Funkspruch.) In Sachen der Begnadigung des früheren Regierungspräsidenten von Jagow erfahren wir von zuständiger Seite, daß diese Begnadigung keinen besonderen Ausnahmefall darstellt, sondern im Rahmen der Uebung und der Grundsätze erfolgt ist, nach denen der Reichspräsident bei aus politischen Beweggründen erfolgten Straftaten das Gnadenrecht ausübt. Die Praxis des Reichspräsidenten in Gnadensachen geht im allgemeinen dahin, daß den wegen solcher Verbrechen Verurteilten, soweit im Einzelfalle nicht besondere Begleitumstände der Straftat dagegen sprechen, nach Verbüßung von etwa zwei Drittel der Strafhaft der Strafrest erlassen wird. So sind in den letzten Jahren zahlreiche Personen, insbesondere auch Kommunisten, begnadigt worden. Jagow, der wegen seiner Beteiligung am Kapp-Putsch zu 5 Jahren Festungshaft verurteilt worden ist, hat in diesen Tagen drei Jahre der Strafe verbüßt und während der langen Haft an seiner Gesundheit gelitten. Der Reichspräsident hat sich bei dieser Sachlage auf Antrag des Reichsjustizministers und unter Befürwortung des Oberreichsanwalts entschlossen, den Rest der Strafe im Gnadenwege zu erlassen.

In der Presse wird vielfach der Fall Fechenbach mit diesem Gnadenakt in Verbindung gebracht und gefragt, warum nicht auch hier eine Begnadigung eingetreten ist. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß Fechenbach von einem bayerischen Gericht verurteilt worden ist und das Gnadenrecht demzufolge nicht dem Reichspräsidenten, sondern der bayerischen Regierung zusteht.

Die bevorstehende Mitteilung der Besatzungsmächte.

Berlin. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, erwartet man im Auswärtigen Amt nicht nur eine Mitteilung der englischen Regierung über die **Frage der Räumung der Kölner Zone,** sondern es hat neuerdings den Anschein, daß auch die anderen Besatzungsmächte **Frankreich und Belgien sich dem englischen Schritt anschließen** werden, um Deutschland die Frage vorzulegen, ob es bereit sein würde, über die Räumung der Kölner Zone ein Abkommen mit sämtlichen Besatzungsmächten zu treffen. Im übrigen verlautet neuerdings, daß das Problem der Ruhrräumung in allerengstem Zusammenhang steht mit den neuerlichen englisch-französischen Erörterungen über die Sicherheitsfrage. Aus den im Auslande vorliegenden Meldungen geht hervor, daß England damit einverstanden sei, den Vorsitz in der Kontrollkommission des Völkerbundes einem französischen Militär, genannt wird der General **Walch,** der gegenwärtig Vorsitzender der Kontrollkommission ist, zu übertragen. Auch das Problem der Entmilitarisierung des Rheinlandes tritt jetzt wieder in den Vordergrund. Man erblickt in den Berliner außenpolitischen Kreisen in diesen Tatsachen einen Beweis dafür, daß die Völkerbundspolitik Macdonalds sich auf dem Wege der Liquidation befindet und wieder durch das System der gegenseitigen Sicherungen abgelöst werden soll.

Zu den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

* Paris. Im Rahmen der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen wurde gestern das **Problem der landwirtschaftlichen Zölle** zur Sprache gebracht, bei dem in verschiedenen Punkten eine Einigung erzielt werden konnte. Die Gegensätze in der Frage der Weinzölle sind noch nicht überbrückt. Seit den letzten Tagen finden zwischen den einzelnen Mitgliedern der beiden Delegationen interne Besprechungen statt. Vor Ende der Woche ist eine Vollsitzung in Aussicht genommen. Auch die beiderseitigen Sachverständigen der **Textilindustrie** verhandeln untereinander.

Ueber Herriots Gesundheitszustand.

Paris. (Funkspruch.) Nach dem gestern abend ausgegebenen Krankheitsbericht hat Ministerpräsident Herriot einen ziemlich ruhigen Tag verbracht.

Paris. (Funkspruch.) Ministerpräsident Herriot hat gestern nachmittag in seinem Krankenzimmer mit dem Minister des Innern sowie mit dem Direktor der Sicherheitspolizei und dem Polizeipräfekten von Paris über die Bekämpfung der kommunistischen Propaganda verhandelt.

Keine Rücktrittsabsichten Herriots.

* Paris. Am Quai d'Orsay wird auf das Bestimmteste versichert, **Herriot denke garnicht daran,** infolge seiner Erkrankung **zurückzutreten.** Sein Befinden sei nicht so ernst, als daß er nicht vorübergehend von seinem Zimmer aus die Regierungsgeschäfte Frankreichs leiten könne. Herriot konnte im Laufe des gestrigen Vormittags einige Persönlichkeiten empfangen und zwar den Kriegsminister Nollet, den Handelsminister Reynaldi, den Ackerbauminister Queille und den Abg. Tinad.

Ueber angebliche deutsche Kriegsarbeit.

Wie das „B. T." hört, hat der stellvertretende Leiter des **Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie und Elektrotechnik** in Berlin-Dahlem Prof. Dr. H. Freundlich an die Londoner Times ein Schreiben gerichtet, in dem er in Widerlegung der Behauptungen eines Spezialkorrespondenten des Londoner Blattes über angebliche Kriegsarbeit des Instituts erklärt, daß weder in dem Institut selbst noch in einem anderen Institut der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft irgendwelche Arbeiten ausgeführt werden, die den Zweck haben, den Krieg vom wissenschaftlichen Standpunkte aus zu erforschen. Um derartige irrtümliche Nachrichten gründlich aus der Welt zu schaffen, lädt er den betreffenden Spezialkorrespondenten des Blattes ein, in Begleitung irgend eines Sachverständigen das Institut zu besuchen und sich davon zu überzeugen, daß ausschließlich wissenschaftliche und technische Untersuchungen, die mit kriegerischer Verwendbarkeit nichts zu tun haben, ausgeführt werden. — Wie das „B. T." bemerkt, hat die Times den Abdruck dieses Schreibens leider abgelehnt.

Die Blätter veröffentlichen eine längere **Darstellung über den Umfang der deutschen Abrüstung** auf Grund des Versailler Vertrages. An Hand des tatsächlichen Materials wird der Behauptung englischer und französischer Zeitungen entgegengetreten, daß die letzte Militärkontrolle in Deutschland unbefriedigende Ergebnisse gezeitigt habe. Es wird nachgewiesen, daß **in Deutschland die allgemeine Wehrpflicht vollständig abgeschafft ist,** und daß Deutschland im Jahre 1930 lediglich 115000 ausgebildete Soldaten zur Verfügung haben wird, da von diesem Zeitpunkt ab die früheren Kriegsteilnehmer infolge ihres Alters für den Dienst an der Front nicht mehr in Frage kommen.

Dr. von Hoesch in Berlin.

In Berlin ist der deutsche Botschafter in Frankreich, **Dr. von Hoesch,** eingetroffen, um der Reichsregierung über den gegenwärtigen Stand der außenpolitischen Lage Bericht zu erstatten. Wie wir hören, handelt es sich dabei hauptsächlich um das Problem der **Fortführung der bisherigen Politik der Entspannung zwischen Deutschland und Frankreich,** die nach Möglichkeit dadurch gesichert werden soll, daß die beiden Länder sich sowohl über die Räumungsfrage als auch über das Problem der Sicherheiten verständigen. Die Ankunft Dr. von Hoeschs steht aber auch in einem gewissen Zusammenhang mit der Fertigstellung des Schlußberichtes der interalliierten Militärkontrollkommission, der spätestens Ende dieser Woche offiziell überreicht werden soll.

Einige französische Blätter haben die Behauptung aufgestellt, die französische Regierung habe den deutschen Botschafter beauftragt, in Berlin mitzuteilen, daß Frankreich einer deutschen Linksregierung größeres Entgegenkommen zeigen werde als einer Regierung des Bürgerblockes. Diese Behauptungen werden jetzt auch in Berlin scharf dementiert, indem darauf hingewiesen wird, daß die gegenwärtige Anwesenheit des deutschen Botschafters in der Reichshauptstadt mit den Fragen der Regierungsbildung in keinerlei Zusammenhang stehe. Auf der anderen Seite ist es allerdings ziemlich selbstverständlich, daß der zu erwartende Bericht des Botschafters über die allgemeine außenpolitische Lage in bestimmter Hinsicht auch einen Einfluß auf die Regierungsfrage ausüben kann.

SLUB
Wir führen Wissen.